

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Dreier-Fusion wäre optimal!

Nr. 009.04 / 15.01.200

Zum Vorschlag der FDP zur Privatisierung der Sparkassen und zur Fusion der Sparkassen- und Giroverbände erklärt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heinold**:

Der Gesetzentwurf der FDP bedeutet einen Einstieg in die Privatisierung der Sparkassen. Wir halten hingegen an unserer Auffassung fest, dass Schleswig-Holstein als Flächenland mit überwiegend kleinen und mittelständischen Betrieben auch weiterhin öffentlich-rechtliche Sparkassen braucht und lehnt den Gesetzentwurf der FDP ab. Die Sparkassen unterstützen traditionsgemäß die Betriebe vor Ort, fühlen sich für die Region verantwortlich und bieten jeder BürgerIn die Möglichkeit, ein eigenes Bankkonto zu führen.

Zur von den Sparkassenverbänden beschlossenen Fusion gilt es, alle Argumente sorgsam zu prüfen. Wir haben Verständnis für den Wunsch des schleswig-holsteinischen Sparkassenverbandes, mit dem niedersächsischen Verband zu fusionieren, da die Sparkassen angesichts des Wegfalls der staatlichen Garantien ab 2005 einem verstärkten Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind. Die Sparkassen müssen zukünftig noch effektiver wirtschaften und die Kosten für die Verbandsarbeit und die Dienstleistung des Verbandes so gering wie möglich halten. Wenn eine Fusion mit dem niedersächsischen Verband tatsächlich Synergieeffekte in Höhe von jährlich 15 Prozent bringt, ist das eine durchaus relevante Größenordnung.

Das Interesse des Landes muss es aber auch sein, seine strategischen Optionen in der verstärkten Zusammenarbeit mit Hamburg nicht zu gefährden. Deshalb ist es notwendig, in Gesprächen mit dem Hamburger Sparkassenverband zu klären, welche Vorteile sich für den schleswig-holsteinischen Sparkassenverband aus einer Fusion mit dem Hamburger Verband ergeben würden.

Wünschenswert wäre es, wenn sich alle drei Sparkassenverbände darauf verständigen könnten, die Dienstleistung für ihre Sparkassen gemeinsam anzubieten.

Dass sich die FDP in der selben Pressemitteilung, in der sie für eine Privatisierung und Liberalisierung des Bankensektors einsetzt, nun gegen eine Fusion der Sparkassenverbände ausspricht, ist absurd. Wären die Sparkassen private Aktiengesellschaften, hätte das Land darauf ohnehin keinerlei Einfluss.
